Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts • 5. Jahrg. Mittwoch, 1. Februar 1922 Nummer 54 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die zweigespaltene Konpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Eisenbahnerstreik beginnt

Arbeitseinstellung heute nacht 12 Uhr — Eine Ausnahmeverordnung Eberts

Der Streikbeschluß

Heute morgen gegen 5 Uhr hat der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Eintritt in den Streik beschlossen. Der Beschluß wurde, mit geringer Mehrheit, so gefaßt, daß von heute nacht 12 Uhr ab der Streik beginnt.

•

Die Meldung über den Streikbeschluß zeigt, daß der Beschluß gegen eine starke Minderheit zustande gekommen ist. Es ist um so mehr fraglich, in welchem Umfang der Streik tatsächlich durchgeführt werden wird, als in den letzten Tagen sehr zahlreich Stimmen aus dem Reiche laut geworden sind, die zeigen, daß weite Kreise der Eisenbahner, auch der Beamten, nicht geneigt sind, in den Streik zu treten. Auch die Beschlüsse der anderen Eisenbahnerorganisationen, nicht zum Streik aufzurufen, lassen nicht das Zustandekommen einer einheitlichen Bewegung erwarten.

Wie wir vom Deutschen Eisenbahnerverband erfahren, werden die Mitglieder dieser Organisationen selbstverständlich den gewerkschaftlichen Grundsatz der strengsten Neutralität wahren, Streikarbeit wird von ihnen nicht verrichtet werden.

Dessen ungeachtet ist es die dringende Pflicht des Reichsverkehrsministeriums, den heutigen Tag nicht ohne den Versuch vorübergehen zu lassen, in neue Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner zu kommen, um in letzter Stunde den Ausbruch des Streiks zu verhüten.

Das schlechteste Mittel, die Stimmung für aussichtsreiche Verhandlungen zu schaffen, ist aber das Schnellfeuer mit Drohungen. Schon deshalb halten wir den Erlaß der Ausnahmeverordnung durch den Reichspräsidenten für ein unglückliches Vorgehen.

Eine Ausnahmeverordnung Eberts

Der Reichspräsident hat im Sinne des Groenerschen Streikverbots zur Niederhaltung des bevorstehenden Eisenbahnerstreiks folgende Ausnahmeverordnung erlassen:

Auf Grund des Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Den Beamten der Reichsbahn ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem geltenden Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten. Wer einen Beamten der Reichsbahn zu einer hiernach verbotenen Einstellung oder Verweigerung der Arbeit auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ebenso wird bestraft, wer zur Durchführung einer verbotenen Niederlegung oder Verweigerung der Arbeit an Zugkräften, Fahrzeugen, Maschinen, Vorräten oder sonstigen Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch welche die ordnungsgemäße Fortsetzung des Betriebes der Reichsbahn unmöglich gemacht oder erschwert wird.

§ 2. Wird durch eine unzulässige Einstellung oder Verweigerung der Arbeit der Betrieb der Reichsbahn ganz oder teilweise stillgelegt oder erschwert, so ist der Reichsverkehrsminister berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Maßnahmen zu treffen, die zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind.

§ 3. Beamte, Angestellte oder Arbeiter, die im Betriebe der Reichsbahn die Arbeit weiterführen oder Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden. Wer zu einer solchen Benachteiligung auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1922 in Kraft.

Berlin, den 1. Februar 1922.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.
Der Reichskanzler. gez. Dr. Wirth.
Der Reichsverkehrsminister. gez. Groener.

Der Kampf in der Reichsgewerkschaft

Ueber die entscheidende Vorstandssitzung berichtet eine Korrespondenz folgendes:

Nach langen und heftigen Kämpfen ist in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter der Streikbeschluß durchgesetzt worden. Die Debatte war in den Nachmittagsstunden des gestrigen Dienstages teilweise sehr stürmisch, da die gemäßigte Gruppe mit allen Mitteln die Ausführung des übereilten Beschlusses des Erweiterten Vorstandes vom 24. Januar zu verhindern suchte. Als gestern Abend eine Pause in den Verhandlungen eintrat, schien es so, als ob die gemäßigte Auffassung den Sieg davontragen sollte, denn im Verlauf der Debatten äußerten Vertreter der mittleren Beamten die Ueberzeugung, daß der Erweiterte Vorstand seine Machtbefugnisse überschritten hatte, als er über die Köpfe der Beamten hinweg das Ultimatum beschloß und die Entscheidung der Beamten im Lande unmöglich machte.

Nach Mitternacht wendete sich jedoch das Blatt wieder, als bekannt wurde, daß der Deutsche Beamtenbund mit seiner Vermittlungsaktion beim Reichsverkehrsminister keinen Erfolg gehabt habe. Als schließlich noch bekannt wurde, daß der Hauptausschuß des Reichstages die Beschlüsse des Kabinetts gutgeheißen habe, steigerte sich die Streikstimmung von Stunde zu Stunde. Morgens gegen 5 Uhr waren die Debatten beendet, nachdem man den einzelnen Teilnehmern strengste Schweigepflicht auferlegt hatte. Gegen ½6 Uhr erfolgte die Abstimmung über die Frage, ob nun der Streik verkündet oder eine letzte Verhandlungsmöglichkeit mit der Regierung angeknüpft werden sollte. Mit 20 gegen 15 Stimmen siegten die Befürworter des sofortigen Ausstandes und es wurde nunmehr **zur Wahl eines Aktionsausschusses geschritten,** in dem hauptsächlich Vertreter der unteren Beamten sitzen. Die Vertreter der gemäßigten Richtung verließen die Sitzung. Der Aktionsausschuß dagegen tagte weiter, um **alle Maßnahmen für den Beginn des Streiks** zu treffen. Da das Ultimatum am 1. Februar, nachts 12 Uhr, abläuft, so soll die Anweisung an alle Direktionen ergehen, den Betrieb in der heutigen Nacht stillzulegen. Soweit sich das bei den auf der Fahrt befindlichen Zügen nicht erreichen läßt, sollen die Lokomotivführer und das Fahrpersonal am 2. Februar, morgens 6 Uhr, die Diensträume verlassen. **Da die Regierung das Reichspostministerium angewiesen hat, Telegramme, die zum Streik der Eisenbahner auffordern, nicht abzufertigen, wurden heute morgen eine Anzahl Kuriere in die einzelnen Direktionen entsandt.** Der Aktionsausschuß selbst bleibt in Berlin zusammen, um von hier aus die Bewegung zu leiten. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausstand der Eisenbahnbeamten in voller Wirkung sich erst am morgigen Donnerstag bemerkbar macht.

Keine Beteiligung in Württemberg

Stuttgart, 31. Januar.

Die württembergischen Landesverbände des Verkehrspersonals haben sich in Vorstandssitzungen am Montag mit der durch das Ultimatum der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten geschaffenen Lage befaßt. **Der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, daß er an dem angekündigten Streik der Reichsgewerkschaft sich nicht beteiligen werde.** Der württembergische Eisenbahnerverband hielt erst gestern eine entscheidende Sitzung ab. Die Reichsgewerkschaft, Landesstelle Württemberg, hat in ihrer Vorstandssitzung am Montag beschlossen, von ihrer Berliner Gewerkschaftsleitung eine Urabstimmung zu verlangen und dementsprechend das Ultimatum weiter zu befristen.

Die Haltung der anderen Organisationen

Der Deutsche Eisenbahnerverband ist an dem Streik nicht beteiligt, da die Reichsgewerkschaft keinerlei Verbindung mit ihm aufgenommen hat. Er kann auch die Streikproklamation nicht unterstützen, da er sich gegenwärtig noch in Verhandlungen mit der Regierung befindet. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die ihren Vorstand gestern bereits zusammengerufen hatte, fällte bis jetzt noch keine Entscheidung. Heute mittag ist der Vorstand der Gewerkschaft zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, aus der bis zur Stunde noch kein Ergebnis vorliegt. Der Allgemeine Eisenbahnerverband nimmt zu dem Streik keine Stellung aus dem gleichen Grunde, wie der Deutsche Eisenbahnerverband.

Die Konferenz von Genua

England und Italien wollen keine Verschiebung

London, 1. Februar.

Reuter erfährt zu den verschiedenen Gerüchten über die Konferenz in Genua, daß, **soweit die britischen und italienischen Kreise unterrichtet seien, eine Verschiebung nicht erwogen werde.** Man erwarte zuversichtlich, daß die Konferenz, wie ursprünglich vereinbart wurde, **am 8. März beginnen werde.** Die Konferenz werde aller Wahrscheinlichkeit nach **zwei oder drei Wochen dauern.** Man schätze, daß die Zahl der Teilnehmer etwa 2000 betragen wird, einschließlich der Delegationen und ihrer Stäbe. **35 Länder sind offiziell eingeladen worden,** Missionen zu entsenden, nämlich alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Türkei; außerdem die Vereinigten Staaten, Japan und die britischen Dominions. Von diesen Ländern haben alle endgültig angenommen mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, deren Antwort erwartet werde.

Paris, 1. Februar.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat der Senat den Gesetzentwurf über die **Konsolidierung der alliierten Schulden** angenommen. **Diese werde in Wertpapiere umgewandelt, die innerhalb einer Frist von 25 Jahren verfallen.**

Kampfansage der Volkspartei

Kündigung des Steuerkompromisses — Gegen Wirth und Rathenau

Gestern hatten wir noch vor dem Bekanntwerden der Ernennung Rathenaus auseinandergesetzt, daß das sogenannte Steuerkompromiß politisch und sachlich scheitern muß. Rascher als selbst wir es erwartet haben, ist unsere Voraussage eingetroffen. „Die Zeit", das Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht heute folgende Kampfansage:

Die **Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** trat gestern abend im Anschluß an die Plenarversammlung des Reichstages zu einer Sitzung zusammen. Die gestern erfolgte Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Dr. Rathenau wird in der Fraktion der Deutschen Volkspartei als ein **beabsichtigter Vorstoß des Reichskanzlers gegen die von der Fraktion aufgestellten Voraussetzungen für die Zustimmung zum Steuerkompromiß** angesehen.

Die im Auftrage der Fraktion von Dr. Becker verschiedentlich abgegebenen Erklärungen hatten ausdrücklich gegen eine einseitige Besetzung des Kabinetts Stellung genommen, da nach Ansicht der Fraktion die Besetzung der einzelnen Ministerien nur im organischen Zusammenhang mit den von der Fraktion geforderten sachlichen und persönlichen Garantien für eine Gesundung der Reichsfinanzen erfolgen konnte. Obgleich dem Reichskanzler diese Stellungnahme der Fraktion wiederholt bekanntgegeben war und er noch kurz vor der vollzogenen Neubesetzung **auf die Folgen hingewiesen** wurde, die eine derartige Nichtbeachtung der Forderungen der Fraktion auf ihre Stellungnahme haben müsse, ist die Besetzung des Auswärtigen Amtes noch gestern abend erfolgt. **Infolgedessen besteht für die Fraktion angesichts der bevorstehenden endgültigen Verabschiedung des Steuerkompromisses wiederum volle Handlungsfreiheit.**

Man muß schon sagen, das ist eine feine Bande, diese Deutsche Volkspartei, und es ist ganz ausgezeichnet, daß die Rechtssozialisten, aber auch das Zentrum und insbesondere Herr Wirth, diese gründliche Lektion erhalten. Eben noch hat die Deutsche Volkspartei behauptet, daß zwingende außenpolitische Gründe und die Notwendigkeit, Neuwahlen in der gegenwärtigen kritischen Situation zu vermeiden, aber auch die Sorge um ausreichenden Portemonnaieschutz ihr Verhalten bestimme. Unterdessen haben die Deutschnationalen den nationalliberalen Helden mit der Klopfpeitsche gedroht, und Tag für Tag konnte man bemerken, wie die Deutsche Volkspartei nach den Vorwänden auslugt, um aus dem Kompromiß wieder herauszukommen. Es ist also in allererster Linie die absolute Steuerscheu dieser Partei, die die einsichts- und rücksichtsloseste Geldsackvertretung ist, die je in einem Parlament sich zusammengefunden hat, die zur Kündigung des Steuerkompromisses geführt hat. Diese Bande, deren Wahlspruch angeblich ist „Das Vaterland über die Partei", während es in Wirklichkeit heißen müßte, der Geldsack über alles, opfert lieber die Möglichkeit jeder vernünftigen Außenpolitik, macht sich zum Helfershelfer Poincarés gegen Lloyd George, bevor sie ein Titelchen ihres Besitzes preisgibt.

Und dazu dieses verächtliche, feige Schwanken! Da verhandeln sie tagelang, stimmen schließlich zu, murmeln dabei Vorbehalte, und plötzlich gelten nur die Vorbehalte, und die Verhandungen existieren nicht mehr. Zwischen der Angst um das Geld und der Lüsternheit nach der Regierungsmacht wird diese Partei hin und her geworfen, ein ekelerregendes Schauspiel.

Aber die Ernennung Rathenaus ist nicht nur Vorwand. Herr Rathenau hat die Ehre, von dem Haß des Stinnes verfolgt zu werden. Stinnes hat in London einen eklatanten Mißerfolg gehabt, obwohl er nicht mit leeren Händen kam, sondern den Engländern deutsches Gut, das allerdings noch nicht ihm gehörte, anbot. Stinnes entwickelte seinen Plan, die deutschen Eisenbahnen zunächst in den Besitz des deutschen Kapitals zu bringen und dann das Ententekapital an dem Geschäft zu beteiligen. Der Patentpatriot zögerte keinen Augenblick, dem ausländischen Kapital so die wirksamste Kontrolle über die deutsche Wirtschaft und die stärkste Einflußnahme zu sichern. Er fiel glücklicherweise mit seinen sauberen Plänen ab, und Rathenau bewies dann, daß es noch andere als Jobbermethoden in der auswärtigen Politik gebe. Das kann Stinnes, dessen politische Rolle heute für das deutsche Volk noch verhängnisvoller ist als seine alldeutsche Kriegstreiberei und Annexionslust während des Krieges, Rathenau nicht verzeihen. Stinnes hat aber die Deutsche Volkspartei in jedem Sinne des Wortes im Sack. Und so ist es kein Wunder, daß die Partei die Ernennung eines Mannes, dessen Fähigkeit immerhin die der bisherigen deutschen Außenminister und Unterhändler übertrifft, auf Befehl Stinnes zum Anlaß nehmen muß, den Kampf zu eröffnen.

Noch eines muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei beweist unwiderleglich, daß es ihr ausschließlich um das Erkaufen der politischen Macht zu tun war. Für sie waren die „persönlichen Garantien", das heißt, die Besetzung der wichtigsten Ministerposten, die Diktatur über das Kabinett Wirth das einzig Wichtige. Begreift jetzt

Herr Wirth, begreifen jetzt die Rechtssozialisten, wie gräßlich naiv sie waren, als sie meinten, mit Stinnes und seinen Leuten Geschäfte machen zu können, ohne zuerst über das Ohr und dann über den Kopf gehauen zu werden? Koalition mit der Deutschen Volkspartei bedeutet für das Kabinett Wirth, bedeutet für die Rechtssozialisten den politischen Selbstmord. Die Herren von der Schwerindustrie sind gewohnt, aufs Ganze zu gehen. Sie spotten heute der Staatsmacht und sabotieren sie. Und die wichtigste Aufgabe der Staatsmacht ist, nicht mit ihnen zu verhandeln, denn das bedeutet die Auslieferung des Staates an das Großkapital. Die wichtigste Aufgabe ist vielmehr, diesen Leuten die ganze Schwere der Staatsmacht fühlen zu lassen und sie endlich zur Unterwerfung zu bringen. Nicht nur für die Arbeiterparteien, sondern für jeden, der nicht kapitalistischer Interessent ist, kann nur Kampf, nicht Koalition die Losung sein.

Die Verbindung von Geld- mit persönlichen Interessen ist das Wesen der politischen Camorra. Mit diesem Worte ist die Deutsche Volkspartei in jeder Hinsicht charakterisiert.

Ein neues Fehlurteil

Gute Zeiten für Arbeitermörder

Wir haben in der heutigen Morgenausgabe ausführlich über den Prozeß berichtet, der gegen die ehemaligen Reichswehrsoldaten Ritter und Wendler wegen Ermordung des Arbeiters Piontek angestrengt war und der mit der Verurteilung des Angeklagten Ritter zu drei Jahren Gefängnis endete. Obwohl die Anklage auf Mord lautete, sprachen die Geschworenen den Ritter nur des versuchten Totschlags schuldig und bewilligten ihm obendrein noch mildernde Umstände, während bei Wendler alle Schuldfragen verneint wurden.

Dieser Urteilsspruch ist ein erneuter Beweis dafür, daß Verbrechen, die von uniformierten Bestien an Arbeitern verübt werden, entweder keine oder nur eine sehr unzulängliche Sühne finden. Die Beweisaufnahme hat klar ergeben, daß insbesondere der Angeklagte Ritter einen gemeinen Mord verübt hat. Weil der Arbeiter Piontek im März 1919 dem Ritter und seinen Begleitern kein Feuer geben wollte, wurde er in Haft genommen. Schon das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Rechtszustände, die damals in Berlin herrschten und für die Noske verantwortlich ist.

Was weiter geschah, ist noch haarsträubender. Piontek sollte in irgendein Gewahrsam transportiert werden. Unterwegs stellte ihn Ritter ganz einfach an einen Baum und gab mehrere Schüsse auf ihn ab, von denen einige fehl gingen. Piontek, schwer verwundet, bat unter Hinweis auf seine Frau und seine Kinder um sein Leben, auch ein Kamerad des Ritter redete auf diesen ein, von der Erschießung Abstand zu nehmen. Dieser feuerte aber ununterbrochen auf Piontek weiter und um dann angeblich der Qual Pionteks ein Ende zu machen, nahm der Soldat Wendler den Karabiner und schoß Piontek eine Kugel in den Hinterkopf. Nun erst hauchte dieser sein Leben aus.

Wie nach einem derartigen Tatbestand die Geschworenen dazu kommen konnten, lediglich auf versuchten Totschlag zu erkennen, dafür läßt sich juristisch kaum eine Erklärung finden. Es handelte sich um einen brutalen, wohlüberlegten Mord. Noch schlimmer ist es, daß dem Ritter mildernde Umstände zugebilligt wurden, obwohl seine früheren Kameraden übereinstimmend als Zeugen aussagten, daß Ritter ein ganz verrohter Bursche war, der sich seiner Tat nachträglich noch gerühmt hat. Er habe sich, so wurde weiter von ihm behauptet, geradezu danach gedrängt, standrechtliche Erschießungen vorzunehmen und sei dieserhalb in der Kompagnie allgemein der „Blutritter" genannt worden. Charakteristisch ist, daß seinen Vorgesetzten dieses Verhalten bekannt war, daß diese auch von der Ermordung Pionteks durch Ritter Kenntnis erhalten hatten und diesen trotzdem weiter in der Kompagnie duldeten, obwohl es ihre Pflicht gewesen wäre, Strafanzeige gegen ihn zu erstatten und ihn in Haft nehmen zu lassen. Die Vorgesetzten Ritters sind also in jedem Falle mitschuldig und sie müßten in einem geordneten Rechtsstaat wegen Begünstigung und Verdunkelung eines Verbrechens in Haft genommen und verurteilt werden.

Von der heutigen Rechtspflege sind solche Selbstverständlichkeiten nicht zu erwarten. Es ist zum Prinzip geworden, mit uniformierten Mördern möglichst schonend umzugehen. Wie wäre es, wenn sich der „Nationalverband deutscher Soldaten" für die Amnestie des Ritter einsetzen würde? Nach dem angeblichen Wahrspruch der Geschworenen, nach dem ganzen Verhalten Ritters verdient dieser, Ehrenmitglied irgend einer Vereinigung zur „Rettung des Vaterlandes" zu werden.

Aus dem bayerischen Reaktionswinkel

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 31. Januar.

Die „Münchener Morgenpost" verlangt im Anschluß an die Wiedergabe der Anklage des Nationalisten Abel in der „Welt am Montag" **eine Untersuchung von Reichs wegen, da hier vollendeter Hoch- und Landesverrat vorliege.** Nach unseren Informationen sind die Angaben in der „Welt am Montag" zutreffend und könnten in manchen Punkten noch ergänzt werden. So scheinen die **Munitionsschiebungen von Regensburg nach Ungarn,** deren der frühere Polizeipräsident Poehner und der frühere Chef der politischen Polizei in Bayern, Oberamtmann Frick, beschuldigt sind, mit den in der „Welt am Montag" veröffentlichten Plänen im Zusammenhang zu stehen.

Die rechtssozialistische „Münchener Post" macht heute Mitteilungen über **eine Sitzung von Reichswehroffizieren mit dem früheren Polizeipräsidenten Poehner und dem Separatisten Dr. Pittinger,** der auch in der „Welt am Montag" genannt ist sowie mit anderen Reaktionären. Nach der „Münchener Post" erging man sich in dieser Sitzung in großbayerischen Putscherinnerungen und Poehner meinte u. a.: **„Kopf hoch, was nicht ist, kann beim nächsten Begräbnis werden".** Er dachte dabei wohl an den geplanten monarchistischen Putsch anläßlich der Beisetzung des früheren bayerischen Königs.

Durch die Veröffentlichung der Denkschrift des Freiherrn Leopredhing, die vor kurzem in den „Münchener Neuesten Nachrichten" erfolgt ist, und in der richtiges mit falschem vermischt war, versuchte man die bisherigen als wahr verbürgten Veröffentlichungen über die bayerischen monarchistischen Putschpläne zu diskreditieren. Dieser Versuch ist gänzlich mißlungen. Man wird in Bayern natürlich nicht unterlassen, die Veröffentlichungen in der „Welt am Montag" ebenfalls als Erfindungen und Phantasien hinzustellen, wir können aber versichern, daß man das in Bayern nur als aus einem schlechten Gewissen heraus behaupten kann.

Seeckt verbietet die Ehrendenkmünzen

Nachdem der Chef der Heeresleitung, wie die B. S.-Korrespondenz meldet, bereits im November v. J. allen Heeresangehörigen das Tragen der vom Verband nationalgesinnter Soldaten gestiftete Ehrendenkmünze des Weltkrieges zur Uniform verboten hatte, hat er nunmehr auch für alle Soldaten das Verbot erlassen, sich um die Verleihung der Ehrendenkmünze zu bewerben. General v. Seeckt hält die von dem Verband nationalgesinnter Soldaten als Vorbedingung geforderte Erklärung des Antragstellers, daß er der Verleihung würdig sei, für eines Soldaten unwürdig. Der Soldat diene dem Staate und sei deshalb diesem allein für seine Gesinnung und seine Taten verantwortlich, nicht aber einer kleinen Minderheit seiner Volksgenossen.

Republikanische Personalpolitik

Der Vertreter Preußens in Bayern, Ministerialrat Dr. Schellen, machte vor einiger Zeit in unliebsamer Weise dadurch von sich reden, daß er sich in München äußerst lebhaft für die Verbreiterung der bayerischen Regierungskoalition nach rechts, unter Einbeziehung der bayerischen Deutschnationalen, einsetzte. Wegen der Angriffe, die dieserhalb gegen ihn erhoben wurden, mußte der reaktionäre Herr Ministerialrat einen längeren Urlaub antreten. Jetzt wird gemeldet, daß er als Vertreter Preußens nach Dresden versetzt wurde. Die Zurechtweisung, die der im Dienste der Republik stehende Beamte für seine offen an den Tag gelegte republikanische Gesinnung erhält, ist überaus milde. Sie ist fast vergleichbar mit der traditionellen Erhöhung, die unter dem alten Regime jenen Beamten zuteil wurde, die sich in der Oeffentlichkeit besonders mißliebig gemacht hatten. Etwas merkwürdig mutet es auch an, daß man nach Dresden, dem Sitz einer sozialistischen Regierung, einen Mann von ausgesprochen reaktionärer Gesinnung als den Vertreter Preußens schickt. Das soll doch wohl nicht symbolisch zu deuten sein?

Die internationalen Konferenzen der Arbeiterparteien

(Intel) **Wien, 1. Februar.**

Ueber den Stand der durch den Aufruf der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien vom 17. Januar eingeleiteten Aktion zur Herbeiführung einer internationalen Konferenz aller Arbeiterparteien berichtet der heutige Leitartikel der „Arbeiterzeitung", daß über die Einberufung der Allgemeinen Internationalen Konferenz **mit den Exekutivbureaus der Zweiten und Dritten Internationale Verhandlungen bereits begonnen** hätten, die ein positives Resultat noch in nächster Zeit erwarten lassen. **Der Fünfländer-Konferenz,** die sich in der Hauptsache mit der Reparationsfrage beschäftigen sollte, und zu der die sozialistische Partei Frankreichs an die in Betracht kommenden Parteien bereits Einladungen verschickt hat, **stehen aber noch große Schwierigkeiten entgegen.** Die Vertreter der Parteien der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft" und der Zweiten Internationale und auch die Vertreter der sozialistischen Partei Italiens werden in Paris erscheinen. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob auch die Vertreter der an Moskau angeschlossenen Parteien an dieser Konferenz teilnehmen. Die französische kommunistische Partei hat ihre Teilnahme abgelehnt. Die kommunistische Partei Deutschlands ist wohl dem Gedanken der Internationalen Konferenz sehr zugetan, es erscheine aber zweifelhaft, ob sie auf der gegenwärtig in Moskau stattfindenden Sitzung des Exekutivkomitees die Erlaubnis zur Teilnahme an der Fünfländer-Konferenz erhalten wird. Leider könne die Konferenz aus organisatorischen Gründen nicht länger hinausgeschoben werden. **Aber auch der allgemeinen Konferenz stellen sich mancherlei Hindernisse in den Weg, wenn auch alle drei Exekutiven der Konferenz zustimmen.** Die Motive der Kommunisten seien, wie aus dem Brief Karl Radeks vom 12. Dezember hervorgehe, durchaus eigennützig. Doch seien die Bolschewisten eine Art doppelter Mephistos: Wenn sie das Gute wollen, schaffen sie das Böse, wenn sie das Böse wollen, schaffen sie das Gute. **Die Hauptgefahr für die internationale Einigung liege in der Spaltung der Gewerkschaften durch die kommunistische Gewerkschaftstaktik.** An der Einheit der Gewerkschaftsbewegung dürfe nicht gerüttelt werden, das sei der oberste Grundsatz.

Die Börse

Infolge des Streikbeschlusses der Eisenbahner **verkehrte** die Börse in abgeschwächter lustloser Haltung. Von fremden Devisen und Noten waren: Dollar 203 zu 202½, London 870 zu 871 zu 868, Paris 1687, Holland 7600, Oesterr. Noten 2,82½, Poln. Noten 6,05.

Nansen zum Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. Der dänische Interparlamentarische Ausschuß hat soeben dem Komitee des norwegischen Storthing vorgeschlagen, für das Jahr 1922 den Friedens-Nobelpreis Dr. Frithjof Nansen zu verleihen in Anerkennung der Verdienste, die er sich um die Rückführung der Kriegsgefangenen erworben hat.

Eine Korruptionsaffäre im polnischen Generalstab. Die Staatspolizei in Warschau hat, wie „Reszpolita" meldet, in der Nacht vom Sonntag zum Montag eine größere Reihe von Beamten der zweiten Abteilung des Generalstabs wegen sehr ernster und einer näheren Aufklärung bedürfender Vorkommnisse in Haft genommen.

Französisch-italienisches Zollabkommen. Zwischen der französischen und italienischen Regierung ist vereinbart worden, das provisorische Zollabkommen um einen Monat zu verlängern. Während dieser Zeit soll über den Abschluß eines endgültigen Zollabkommens verhandelt werden.

Die Krisis des Geistes und der Bildung

Von Bibliothekar Dr. Wieser (Spandau)

Es gibt wohl wenige Menschen, denen nicht auf diese oder jene Art einmal zum Bewußtsein kommt, in welcher ungeheuren, langwährenden Krisis sich unsere heutige Kultur befindet. Der einzelne mag sich von der zukünftigen Gestalt unserer Kultur Vorstellungen machen, welche er wolle; er kann nicht vorübergehen an der Tatsache der Unübersichtlichkeit unseres Lebens, welche die gegenwärtige Welt durch die Wissenschaft, die Technik, die Wirtschaft, die Vielheit der Interessen erhalten hat — und er muß sich sagen, daß unserer Zeit das geistig-kulturelle Band fehlt. Scheinen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands (nicht der Arbeiterklasse) sich zu bessern, so bleibt doch die Ungewißheit des Geistes und die innere Unruhe der Seele bei dem einzelnen wie bei der Gesamtheit das Kennzeichen der Zeit, in der wir leben. Es mag sich jeder einmal in stillen Stunden eingestehen, daß wir alle Suchende sind. Wir suchen, jeder auf seine Art, nach einer Form, in der sich Welt, Staat, Mensch neu bildet. Die edelsten und besten Absichten, unserer Bildung einen neuen Inhalt zu geben, schlagen fehl. Wer es gewissenhaft mit sich nimmt, wird zugeben, daß wir heute nicht wissen, wie wir unsere Kinder erziehen sollen. Wir lassen sie wohl „wachsen", und wir wirken auf sie durch unser Vorbild; aber eine Erziehungsform, die allgemein verbindlich wäre, gibt es heute nicht. Alles, was bisher unternommen worden ist, unsere Erziehungsmethoden neu zu gestalten, sind doch nur Versuche, gemessen an der Form, die unser aller Drang, unser beinahe kosmisches Gefühl ihnen zu geben verlangt. Niemand kann heute sagen, was allgemeine Bildung ist, während z. B. das 18. Jahrhundert sie sehr wohl kannte und dem Worte Bildung sogar eine gewisse frische Anschauung gab.

Die altgriechische Kultur in ihrer Blütezeit war geradezu die Eigenschaft eines jeden Griechen. Jeder hatte an Homer Teil. Die altägyptische Kultur war eine Gemeinkultur kolossalen Maßstabes, deren Ausdruck die Pyramiden sind. Analoges fehlt unserer Kultur. Sie ist exklusiv statt gemeinverständlich, tief, wo sie einfach, flach, wo sie tief sein sollte. Das ist die Krisis unserer Bildung.

Würde sich doch heute der Professor auf dem Universitätskatheder lächerlich machen, wollte er von sich behaupten, er sei der „Vertreter der Bildung" der Zeit. So sehr haben sich die Begriffe von Bildungsform und Bildungsgehalt von einander entfernt. Kein Fachgelehrter kann heute mehr den Anspruch auf Bildung erheben. Wer heute ein Leben braucht, um Entdeckungen an dem Planeten Jupiter zu machen, um assyrische Inschriften zu erklauben oder neue Maschinen zu erfinden, mag zehnmal der Menschheit einen guten Dienst damit erweisen: ihn trennt aber eine Kluft von dem, was man die Bildung, die Kultur oder den Geist einer Zeit nennt.

Und auf der anderen Seite: Haben nicht die Experimente mit der Volkshochschule in Deutschland gezeigt, daß man bisher nicht verstanden hat, die Masse der Arbeiter an einer umfassenden geistigen Kultur zu beteiligen, die sie im einzelnen besitzen möchten? Bildung ist doch nicht bloß Aneignung von Wissen, sondern ein lebendiges Gefühl für den Abstand und zugleich für die Zusammengehörigkeit alles Lebendigen: Distanz- und Solidaritätsgefühl. Nur der besitzt Bildung: der sich selber kennt, der über sich steht und in diesem Geiste sich mit den Menschen verbunden fühlt, der über seiner Zeit steht und doch mitten in ihr, im Absoluten lebt und zugleich in der Gegenwart. Zwischen Bildungsgehalt und Bildungsform sollte man immer unterscheiden. Die vornehmste Aufgabe der Volkshochschule ist die Weckung des Bildungsgehalts. Sie hat ihre Aufgabe erfüllt, wenn jedermann durch sie lernt: dauernd in sich das Gefühl wachzuhalten, daß es noch etwas anderes gibt, als wir selber sind und als uns täglich umgibt. Und doch stolpert die Zeit schon daran, daß man nicht weiß, welchen Bildungsstoff man dem Arbeiter geben soll. So stark ist die Krisis unserer Kultur.

Man kann diese Krisis überwinden, indem man das Gefühl hochhält, das neue Formen verspricht; man trägt auch bei, sie zu überwinden, dadurch, daß man sie scharf ins Auge faßt. Das Bildungsproblem unserer Tage aber ist dieses: Wie kann man allgemein sein, ohne banal zu sein? Wie wirken wir im Großen, indem wir zugleich vertiefend wirken? Denn Bildung ist Verwurzelung im Absoluten. Die Krisis unseres Geistes hat es demnach mit der Soziologie des Absoluten zu tun: wie ist dem Tieferfühlten, dem Tieferdachten, Tieferfahrenen, Tieferlebten des einzelnen die kulturelle Unterlage in dem Erleben vieler zu geben?

Um hier ein persönliches Erlebnis heranzuziehen, das mehr als philosophische Herleitungen die Krisis, in der sich unser Geistesleben befindet, verdeutlichen kann. Ich hörte zum vierten Male eine Beethovensche Symphonie, die mir diesmal aber ausnehmend schlecht gefiel. Beethoven sprach nicht zu mir; ich erkannte ihn nicht wieder. An ihm selber konnte das nicht liegen. Es lag auch nicht an mir, denn ich war in der besten Stimmung, ihn aufnehmen zu können. Es lag an dem Raume. Der Raum, in dem gespielt wurde, war nicht auf die Seele von Beethoven gestimmt.

So ist es mit der Krisis unserer Kultur. Sie ist heute nicht auf den Raum gestimmt, der dem absoluten Bildungswerte entspricht. Der Raum ist nicht erst seit Kant die innerste Anschauung, die zum Leben führt. Ohne Raum gibt es keine Gestaltung des Lebens. Die Frage der Bildung unserer Zeit ist eine Raumfrage, eine Frage der Struktur des Geistes. Alle Verwirklichung des Geistes ist an den soziologischen Raum gebunden. Kultur aber ist die Geistesverwirklichung einer Zeit. Ob eine Zeit eine Kultur besitzt, hängt davon ab, wie stark oder wie groß ihr Bildungsraum ist. Man hat noch niemals aufgewiesen, in welchem Verhältnis die gelehrte Bildung einer Zeit zu dem Bildungsraum einer Zeit stand.

Die Kultur unserer Klassiker hatte einen verhältnismäßig engen Bildungsraum. Aber die Kultur der Klassiker war autokratisch und esoterisch, d. h.: sie beschränkte sich auf ein kleinen Kreis erlesener und wirklich im Ewigen verwurzelter Geister, während die Masse der Menschen ihr passiv gegenüberstand. Die Eigentümlichkeit des Vorhandenseins einer dienenden Schicht erleichterte den Klassikern, eine hohe Kultur darzustellen. Der Bildungsraum des 16. Jahrhunderts war bedeutend größer. Man erinnere sich der Beteiligung der Zünfte an der Bildung der Zeit, und der breiten Gefolgschaft, die Luther, Hutten oder Hans Sachs um sich hatte. Hunderte von Menschen — das will vor 400 Jahren viel besagen — wirkten im 16. Jahrhundert bei den Volksschauspielen auf dem Markte mit.

Aber dieser Bildungsraum des 16. Jahrhunderts ist auch noch autokratisch und esoterisch zu nennen, gegenüber demjenigen, den unser kolossal gesteigertes dynamisches Gefühl erfordert. Unserer Kultur steht keine der Kultur dienende Schicht zur Verfügung. Die Masse der Menschen heute will selber an der Kultur beteiligt sein. Der Arbeiter — ob Kopf- oder Handarbeiter, ist dabei Nebensache — will wieder fühlen, daß er einen geistigen Zweck erfüllt: Der Handwerker will nicht mehr Diener der Maschine, sondern ihr freudiger Beherrscher sein, der Kopfarbeiter kein Stubengelehrter und unfruchtbarer Wissenschaftler mehr. Eine so umfassende und von aller Sehnsucht erlösende Kultur braucht ganz andere soziologische Räume, als sie bisher da waren; und von dieser Struktur des künftigen Geisteslebens wissen wir jetzt noch herzlich wenig. Wir können sie ahnen an der einheitlichen Wirkung, die heute noch die Musik auf die Menschen auszuüben vermag. Bislang ist zu einer solchen Allgemeinbildung, zu einer solchen Kultur allergrößten Maßstabes nur unser radikales Gefühl da. Radikal, das heißt hier: nicht äußere, sondern innere Reinigung.

Uns bleibt inmitten der ungeheuren Geisteskrisis, die noch Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte die Welt erfüllen wird, nur übrig, mit Hilfe dieses vertieften und geweiteten Gefühls nach allen Richtungen hin zu suchen und zu tasten, wo sich Ansätze zu einem großen Organismus der Bildung, weitab von aller Organisation der Bildung, zu einer Gestaltwerdung dieses urlebendigen, in uns allen wachsamen Gefühles werden. Wir ahnen hier das Phänomen einer nicht mehr bloß abendländischen Kultur. Das ist der Sinn, wozu wir heute, in dieser Krisis, auf die Jahrhunderte und Jahrtausende hin schaffen.

Die künftige Kultur — das können wir wohl voraussehen — stellt an den Volksbildner heroische Anforderungen: Er soll im

Die Flucht des U-Boot-Helden Dittmar

Warum schweigt das preußische Justizministerium?

Der englische Botschafter hat die Reichsregierung um Auskunft über die Flucht des Oberleutnants zur See Dittmar ersucht. Der Reichsjustizminister hat sich mit der preußischen Regierung in Verbindung gesetzt, um die notwendigen Berichtsunterlagen über die Flucht Dittmars zu erhalten. Von Dittmar fehlt bisher jede Spur.

*

Die Flucht des Oberleutnants Dittmar aus dem Landgerichtsgefängnis in Naumburg wird von der gesamten bürgerlichen Presse lediglich als Tatsachennachricht ohne kritische Bemerkung registriert. Die Flucht ging jedoch unter so eigenartigen Umständen vor sich, daß es nicht angeht, es bei der einfachen Registrierung zu belassen. Das ist um so notwendiger, als sich bisher auch das preußische Justizministerium zu dieser höchst eigenartigen Flucht noch nicht geäußert hat. Der „Vorwärts" will allerdings wissen, daß die preußische Justizverwaltung Dittmar lieber in Kottbus untergebracht hätte, weil dort bessere Garantien gegen ein Entweichen gegeben waren. Der Reichsanwalt, in dessen Händen die Strafvollstreckung lag, habe jedoch Naumburg als Aufenthaltsort bestimmt, weil dort Dittmars Frau wohnte. Nach der Flucht wurden übrigens in der Zelle Dittmars nicht weniger als fünf Metallsägen gefunden, mit denen der Häftling das Gitter durchschnitten hatte.

Es ist nun bemerkenswert, daß sowohl von dem Uebersteigen der Mauer, wozu einige Personen notwendig waren, wie auch von den Vorbereitungen, die im Anstaltshof selbst getroffen wurden, sowie von dem Zersägen der Gitterstäbe und von dem Rückmarsch über die Mauer nach dem Ausbruch aus der Zelle von den Gefängnisbeamten absolut nichts wahrgenommen wurde. Die Sicherheitspatrouille, die innerhalb des Gefängnishofes patrouillierte, soll sich während der Flucht an einer anderen Stelle befunden haben, desgleichen die Innenwache, die die Kreuzgänge des Gefängnisses während der Nacht kontrolliert. Das alles klingt so unglaubhaft, daß es unbedingt notwendig ist, vom preußischen Justizministerium so schnell wie möglich näheren Aufschluß über diese sonderbare Flucht zu bekommen.

Brief aus Moskau

Von C. Vollmershaus

Moskau, 22. Januar.

Nach langen Mühen und Beschwerden gelangten wir endlich zur russischen Grenze. Bei jedem Kilometer vorwärts freut man sich, aber man stelle sich vor: zu einer Strecke von 125 Werst, etwa 160 Kilometer, braucht ein Güterzug dreimal 24 Stunden! Wir beschlossen deshalb von Sokolniky aus bis Moskau im Personenzug zu fahren. Ein Begleiter blieb jedoch bei dem Transport, er ist am 16. Januar, nach zehn Tagen, glücklich in Moskau angekommen. Am 23. Januar denken wir nach dem Hungergebiet abzufahren.

Der Eindruck, den Moskau auf einen Fremden macht, ist geradezu deprimierend. Eine tote Stadt! Abgerissene Holzhäuser, die man aus Mangel an Brennholz zerschlagen hat. Halbe Mauern, zertrümmerte Fensterscheiben, mit Pappe und Blech notdürftig zusammengehalten, durch die der Rauch der qualmenden Oefen auf die Straße dringt. Was weiter auffällt, sind die hier und da verschämt hervorkommenden Privat-Verkaufsläden, zu denen allerhand Gegenstände, wie Seife, Brot, Mützen, Eisenwaren usw., zu haben, die aber in ihren Preisen unverschämt sind. Der Schieberhandel blüht. Alles spekuliert. Keiner kann mit dem geringen Sold und dem Pajock auskommen.

Ein Eisebahnarbeiter außerhalb Moskaus erhält im Monat 24 russische Pfund Brot, 5 Pfund Fleisch, 2 Pfund Salz, Heringe und 75 000 Rubel (3000 Rubel = 1 Mark). Arbeiter, Beamte, Tscheka, alles spekuliert. In Moskau erhalten die Arbeiter bis zu 8 Millionen Rubel im Monat. Jeder hat außer seiner Berufsarbeit noch Nebenbeschäftigung. Diejenigen, die Metall beschaffen können, machen Feuerzeuge und andere Kleinigkeiten.

Seit etwa sechs Wochen ist der Handel freigegeben. Die Preise sind selbst für valutastarke Leute unerschwinglich. Moskau hat jetzt auch wieder drei große Restaurants, von denen das eine — Imper — von den Gewerkschaften eingerichtet, nicht aber in eigene Regie genommen worden ist. Hier verkehrt die „Sowjetbourgeoisie". Ein Essen, für das man in Berlin 20 Mark bezahlt, kostet 300 000 Rubel = 100 Mark.

Die Moskauer Kunst, das Ballett und die Oper sind noch auf der Höhe. Hier hat der Umsturz wenig bewirkt. Das Rußland ein Land der „Freiheit" ist, merkt man daran, daß man vor Rotarmisten fast nicht laufen kann. Trotzki hält Paraden auf dem Roten Platz ab, aber der Parademarsch reicht an den ehemaligen preußischen doch noch nicht ganz heran. Wenn der Moskauer Sowjet im Großen Theater tagt, ist die Rote Armee in einem Umfang aufgeboten, wogegen das Polizeiaufgebot bei der Tiergartendemonstration 1912 in Berlin gering gewesen ist.

Nicht jedem Sterblichen ist es vergönnt, in den Kreml — Sitz der Regierung — zu kommen. Es gibt eben keine Bureaukratie ohne große Formalitäten. Telegraph und Telephon hat man auch, aber man fährt besser, wenn man Nachrichten im Schlitten weitergibt. Zeit scheint hier kein Geld zu sein.

Es wäre aber falsch, nicht auch tiefer in die politischen und ökonomischen Verhältnisse einzudringen. Rußland aus seiner grenzenlosen Not zu erretten, erscheint fast unmöglich, und doch muß die ganze Welt sich zu einem Rettungswerk zusammenfinden. Sehr große Hoffnungen setzt man auf die deutsche Technik und auf deutsches Kapital.

*

Wie ich soeben erfahre, hat die Tscheka — politische Polizei — die menschewistischen Genossen, die aus dem Gefängnis entlassen und des Landes verwiesen wurden — nachdem man von der Verschickung in die Pestgebiete von Turkestan auf die durch den Hungerstreik veranlaßten Proteste des Auslands Aufsehen genommen hatte —erneut wieder ins Gefängnis geworfen, soweit sie in der kurzen Zeit nicht in der Lage waren, ihr Paßvisum zu besorgen. Den in kommender Woche neu zu wählenden Moskauer Sowjet will man eben wieder „einstimmig" aus Kommunisten zusammengesetzt haben.

Der preußische Kultusetat

Herr Boelitz enthüllt sich

Im **Unterrichtsausschuß des preußischen Landtags** wurde die Generalbesprechung zu Ende geführt. Nachdem Minister **Boelitz** am Montag einige Aeußerungen getan hatte, die einen gewissen fortschrittlichen Klang hatten, trat in seinen gestrigen Ausführungen **der reaktionäre Charakter seiner Schulpolitik deutlich zutage.** Dem Bildungsaufstieg der Arbeiterklasse steht er ablehnend gegenüber. Die beiden wesentlichen schulpolitischen Ziele des Sozialismus, die Einheitsschule und die Weltlichkeit des Schulwesens haben von ihm keine Förderung zu erwarten. Der Forderung des Genossen **Holz**, die Aufbauschule auf die achtjährige Volksschule aufzusetzen und so von der Volksschule aus einen Weg zur höheren Schulbildung und zur Universität zu schaffen, setzte er ein entschiedenes Nein entgegen. Ebenso lehnte er die Forderung nach Beseitigung der Mittelschule ab, um bestimmten Volkskreisen eine bessere Bildung zu sichern. Dem Proletariat wird also nach wie vor der Zugang zur höheren Schulbildung und den damit verbundenen Vorrechten verrammelt. Ganz im Sinne des Ausschlusses der Volksmasse von erhöhter Bildung hat der Vertreter der Deutschen Volkspartei den Minister himmelhoch, doch dafür zu sorgen, **daß die Wissenschaft nicht populär werde, sondern aristokratisch bleiben müsse.**

Genosse **Holz** wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen den „aristokratischen" Gelehrten und verlangte Befähigung der Volksmassen zur Anteilnahme an dem wissenschaftlichen Leben ihrer Zeit. Den Einwänden gegenüber der weltlichen Schule, bei der sich die Gegner auf Schleiermacher beriefen, wies er auf dessen klares Bekenntnis zur weltlichen Schule und dessen Ablehnung aller Andachtsübungen in der Schule hin.

Am Nachmittag begann die Beratung des Titels **Volksschule.** Der Vertreter der USP. kommt erst morgen zum Wort.

Zum Kultusetat sind bisher nicht weniger als 147 Anträge eingebracht und ihre Zahl wird sich noch vermehren. Sie geben vielfach ein deutlicheres und klareres Bild des Charakters der Schulpolitik der Parteien als langatmige Abhandlungen und Erörterungen.

Ludendorff reist ab. Ludendorff hat trotz seiner Teilnahme am Kapp-Putsch als Urheber und Führer eine Verfolgung durch das Reichsgericht nicht zu befürchten, aber nichtsdestoweniger hält er es für geraten, den Staub der Republik wenigstens zeitweise von den Füßen zu schütteln und nach Argentinien und Chile abzureisen. Hoffentlich bleibt er dort.

Reigen

Baby-Ball im Admiralspalast .... Eintritt 100 Mark. — Schieber, Kurfürstendammdämchen und ähnliches Gelichter. Ein buntes Gemisch von Leuten, denen die Reparationslasten keine Kopfschmerzen bereiten.

Am Eingang vier betreßte Diener. Mit Kennermiene mustern sie die Einlaßbegehrenden. Sie leben von den Brosamen, die aus den Taschen der „Kavaliere" in die ihrigen wandern. Bettelgeld!

Die große Eisarena ist parkettiert. Nach den Klängen Straußscher Walzer tanzt, schiebt, zappelt, wackelt die Perversität! In der linken Ecke des Orchesters ein Musiker — er bläst das Horn. Wie lange noch? Hohlwangig, mit tiefliegenden Augen und übernächtigtem Gesichtsausdruck bläst er sein Sterbelied. Die unten aber tanzen danach — jauchzen!

An den Tischen rings umher fließt der Sekt in Strömen. Die Flasche 300 Mark. Bagatelle! Die Speisenkarte — — doch still! Das wäre Aufreizung zum Klassenhaß.

Im ersten Rang hat die „Elite" sich niedergelassen. Samt, Seide, Brillanten and nackte schwabbelnde Fleischmassen sind ausgestellt und werden zum Verkauf angeboten.

Im Vestibül ein Karussell mit einer Drehorgel. Der Drehorgelspieler läßt sich in gleicher Weise honorieren wie die Portiers. Er hat heute seinen Glanztag.

Da — ein Trompetensignal! Celly de Rheydt!!! Man klatscht, johlt, pfeift. Celly muß Geld verdienen; 10 000 Mark Geldstrafe müssen schleunigst wieder reingebracht werden.

Und ihr Gatte, der Herr Oberleutnant, Monokelträger — feudaler Kerl — will doch leben! Eine feine, vorbildliche, echt deutsche Offiziersehe! Also, Celly tanzt — und der Herr Oberleutnant, der Herr Gemahl, steht währenddessen mit dem Herrn Direktor hinter den Kulissen des zweiten Ranges, die innere Unruhe durch eine Zigarette beschwichtigend. Die Herren kennen ihr Publikum. — „ . . . . Wenn — äh — wenn das Publikum die Kette durchbricht!? Fatale Sache, käme doch zum Skandal! — Gerade jetzt, nach dem Prozeß. — Die Leute da unten sind doch berauscht!"

Genug! — — Garderobe! — — Wirklich, so leicht erkälten sich die Leutchen nicht nach dem Tanz. Kostbare Pelzgarnituren hängen sauber geordnet in Reih und Glied. Werte, die in die Hunderttausende gehen.

Ich frage die engbrüstige, blasse Garderobenfrau, wie lange ihr Dienst geht.

„Von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, gnädiger Herr!"

„So, so — da haben Sie wohl einen schönen Lohn?"

„Ach, gnädiger Herr, festen Lohn erhalte ich für die ganze Nacht 13 Mark abzüglich 1 Mark Steuern und 3 Mark Fahrgeld. Das macht 9 Mark.. Trinkgeld habe ich heute noch keinen Pfennig."

So ist das Leben! Ein Reigen, aber kein schöner.

Proletarier, wieviel Arbeit tut noch not!! A—l.

Die Staffelung des städtischen Schulgeldes

Bis 14 000 M. kein Schulgeld

Die von den Stadtverordneten schon mehrfach behandelte Frage, ob das Schulgeld an den städtischen höheren Lehranstalten, sowie den Real- und Mittelschulen, nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl der schulbesuchenden Kinder zu staffeln ist, hat jetzt zu einer neuen Magistratsvorlage geführt. Danach sollen die Schulgelder aus Billigkeitsgründen derart ermäßigt werden, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen der Eltern bis 14 000 M. kein Schulgeld zu zahlen ist; bei einem steuerpflichtigen Einkommen von über 14 000 bis 18 000 M. soll an den höheren Lehranstalten mit ihren Vorschulen und an Lyzeen für das 1. Kind 250 M., das 2. Kind 125, für die weiteren Kinder nichts erhoben werden; bei einem Einkommen über 18 000 bis 24 000 M. für das 1. Kind 375 M., das 2. Kind 250 M., das 3. Kind 125 M., für die weiteren Kinder nichts; bei über 24 000 bis 40 000 M. Einkommen für das 1. Kind der volle Satz von 500 M., für das 2. Kind 375 M., das 3. Kind 250 M., das 4. Kind 125 M., für die weiteren Kinder nichts. Bei einem Einkommen von über 40 000 M. soll für alle Kinder das volle Schulgeld von 500 M. erhoben werden.

Die Schulaufsichtsbehörde hat sich mit dieser Staffelung einverstanden erklärt, sich aber die Genehmigung für die Real- und mittleren Schulen vorbehalten. Falls diese Genehmigung erteilt wird, würden sich folgende Ermäßigungen ergeben: bei einem Einkommen von über 14- bis 18 000 M. das erste Kind 150 M., das zweite Kind 75 M. jährlich; bei über 18- bis 24 000 M. das erste Kind 225 M., das zweite Kind 150 M., das dritte Kind 75 M.; bei einem Einkommen von über 24- bis 40 000 M. für das erste Kind der volle Satz von 300 M., für das zweite Kind 225 M., für das dritte Kind 150 M., für das vierte Kind 75 M. jährlich. Für die weiteren Kinder in jedem Falle nichts.

Spiel mit Menschenleben

Ein jugendliches Opfer des revidierten Schießerlasses

In unserer Abendausgabe vom Donnerstag, den 12. Januar, berichteten wir, wie in der Wärthstr. in Weißensee bei dem Versuch, einen 16jährigen Burschen festzunehmen, dieser, als er angeblich flüchtete, von einem Kriminalbetriebsassistenten angeschossen und so schwer getroffen wurde, daß er zusammenbrach. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, ist der in Frage kommende Arbeitsbursche Goschnick an den Folgen dieser Verwundung im Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Weißensee gestorben.

Wir hatten seinerzeit an diesem Fall bewiesen, welch ungeheure Gefahr auch der revidierte Schießerlaß noch ist. Selbst dann, wenn der 16jährige ein entsprungener Fürsorgezögling ist, und er auch einiger Straftaten beschuldigt wird, ist das Verhalten der drei Beamten, die die Sistierung vornehmen wollten, aufs schärfste zu verurteilen.

Auf unsere Anfrage beim Polizeipräsidium über den Stand der Untersuchung der Angelegenheit wurde uns mitgeteilt, daß festgestellt sei, daß der tödliche Schuß auf eine Entfernung von 28 Schritt abgegeben sei, und eine weitere Aufklärung nach der Vernehmungsfähigkeit des Verletzten, die für diese Woche angenommen wurde, erfolgen sollte. Dabei wurde gleichzeitig das Vorgehen des Beamten damit „entschuldigt", daß es sich um einen „schweren Jungen" handle.

Wir enthalten uns vorläufig jedes Urteils über den Vorgang, da dieser noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Die Angehörigen haben Strafantrag wegen Totschlags gestellt. Gegenüber der Feststellung der Polizei sind eine ganze Reihe Zeugen vorhanden, die sich den Angehörigen zur Verfügung gestellt haben und bereit sind, vor Gericht eine einwandfreie Darstellung des Vorgangs zu geben. Also ist in diesem Falle anzunehmen, daß es nicht ebenso, wie einem ähnlichen, zur Einstellung des Verfahrens wegen Mangels von Beweisen kommt. Ueber die Verhandlung werden wir berichten.

Reuter-Friesland, Stadtverordneter der K. A. G. Aus der gestrigen Stadtverordnetensitzung ist noch nachzutragen, daß der Kommunist Reuter (Friesland) dem Präsidium seinen Austritt aus der K. P. D. angezeigt und sich als zur kommunistischen Arbeitsgemeinschaft gehörig bezeichnet hat.

Das Urteil im Lola Bach-Prozeß. Der Prozeß gegen die Tänzerin Lola Bach hat gestern abend nach dreitägiger Verhandlung seinen Abschluß gefunden. Die Hauptangeklagte Lola Bach wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Strafmaß für die Tänzerin Lieselotte Lambert wurde auf 1000 Mark, für den Schauspieler Ernst auf 500 M. und für die Tänzerin Schneider ebenfalls auf 500 M. Geldstrafe festgesetzt. Dr. Böller

---

Absoluten nicht weniger, als zu allen Zeiten verwurzelt sein, ja im Lebendigen und Ewigen noch viel mehr als früher leben — und er muß doch ein starkes dynamisches Gefühl für die Masse und ihre Bewegung haben. Er darf Bildung nicht bloß selber besitzen, sondern muß sie auch lebendig machen. Er muß eine gründliche Innenschau und einen großen Weitblick haben und nach innen ein ebenso tiefes, wie nach außen lebhaftes Empfinden besitzen. Stille und faustische Unruhe hat sich in seiner Seele zu paaren.

Die Zukunft wird Anforderungen an den einzelnen Volksbildner stellen, denen er als einzelner nicht voll gerecht werden kann. So wird man sich in Gruppen zusammenschließen. Und in der Tat haben wir in den nicht willkürlich, sondern organisch, aus Notwendigkeit jetzt entstehenden Arbeitsgemeinschaften vielfacher Art die ersten primitiven Lösungsversuche der Bildungs-, Kultur- und Geisteskrisis unserer Zeit zu erblicken. Die Gruppenbildungen, noch oft sehr starrer Art, sind die Anfänge der neuen soziologischen Räume, in die vertiefte, erweiterte, der Zeit angemessene Bildung wie von selber einströmen wird. Es kann angesichts dieser Tatsache nicht genug davor gewarnt werden, die Geisteskrisis dadurch voreilig überwinden zu wollen, daß man „etwas macht". Alles muß „werden", aus dem Menschen herauswachsen, wie alles Lebendige, das dem Urgrunde entstammt und zum Lichte drängt. Ohne Organismus, ohne gewachsene Formenwelten gibt es keine Kultur. Dazu gehören freilich bei einer Krisis von dem Umfange Europas und der Welt nicht bloß Jahrzehnte: Jahrhunderte sind angesichts dieses kosmischen Werdens noch allzu geringe Zeitspannen. Das soll aber nicht unser Gefühl und unsere Tat bei den nahen Aufgaben trüben. Im Gegenteil werden sie nur so sinnvoll erfüllt werden; und die abendländische Kultur kann ihre schicksalhafte Vollendung nicht als restlose Zivilisation, als gemachte, bewußte Natur, sondern als eine neue Kultur, die einer Seele, einem Werden, einer organischen Natur entstammt, erhalten.

Walter Eidlitz: Sturmvögel. Die Kammerspiele besannen sich endlich wieder einmal auf ihre Pflicht, der Zeit einen neuen Spiegel vorzuhalten, und in der herrschenden Theaterwirtschaft Berlins verdient das immerhin Anerkennung. Aber es scheint beinahe, als habe man absichtlich einen Fehlschlag inszeniert, um dann mit vorbedachter Resignation erklären zu können: „Da habt ihr es. Es gibt wirklich nichts Gutes mehr. Kehren wir zurück zu den alten Sicherheiten und den neuen Reitzern." Die Rechnung stimmt nicht. Es gibt zwar nicht viel, aber doch einiges, was den Mut eines Theaterdirektors belohnen würde. Man darf sich nur nicht an die von den herrschenden Kliquen eingeführten Größen halten.

Die „Sturmvögel" sind nur ein böser Schmarren mit literarischer Sauce: drei Akte unehrliche Harmlosigkeit, zwei Akte Strindberg. Das Rezept ist probat. Man schreibe ein altmodisches Liebeslustspiel und lege es zwischen ein paar Bogen Tiefsinn.

Vielleicht wäre noch einiges durch die Aufführung zu retten gewesen. Sie war nicht schlecht. Aber dem Regisseur Heinz Herald war auch nicht ein einziger Einfall gekommen, und die Besetzung des „Sturmvogels" mit Hans Schweikart, der alles mögliche, nur nicht fliegen kann, war ein arger Mißgriff. Nur die Denera wäre vor der sentimentalen Manier zu warnen, zu der sie bisweilen neigt.

Als es hell wurde, sahen sich die Kundigen nach Direktor Holländer um. Da er aufstand, wußte man, daß es aus war. Das Publikum entfernte sich eilig und schweigend. Glücklicherweise war es erst 9 Uhr. H. E. K.

Die Pelzsteuer des russischen Jägers. Auch in Sowjetrußland darf der Jäger nicht mehr steuerfrei jagen. Wie im „St. Hubertus" berichtet wird, muß jeder Besitzer einer Jagdflinte oder eines anderen Jagdgerätes eine gewisse Anzahl Pelze abliefern, deren Zahl nach der Güte des Reviers bestimmt wird. Als Grundsteuer gilt das Fell der Eichkatze. Diese „Pelzgeldeinheit" wird bei der Bezahlung zugrunde gelegt. 1000 Eichkatzenfellen entsprechen 15 Luchsfellen, 25 Wolfsfelle, 175 Dachsfelle, 20 Rotfüchse, 8 schwarze Bären, 4 Eisbären, 9 gewöhnliche Zobel, 1 Schwarzzobel usw. In einem schlechten Revier zahlt man 7 Eichkatzen, in einem besseren 14 und in guten 21.

Tages-Notizen

Sprech-Chor für die Proletarischen Feierstunden. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Uebungsstunde in der Aula des Sophien-Realgymnasiums in der Steinstr.

Veranstaltungen des 19. Verwaltungsbezirks Pankow. Kammermusikabend Donnerstag, 7½ Uhr, in der Aula des Lyzeums, Pankow, Görschstr. 42-44, unter Mitwirkung von Ida Herth zur Nieden (Gesang), Trio: Theodor Flick (Klavier), Boris Kroyt (Violine), Emil Stegmann (Violoncelle) und Leo Menter (Rezitation). Karten zu 2,50 M. in den Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft.

Der 3. Wilmersdorfer Volksabend, veranstaltet von der Deputation für Kunst und Bildungspflege, findet Sonntag, ½8 Uhr, im Stadthaus Wilmersdorf, Kaiserallee 1-12, in Form eines Wilhelm-Busch-Abends statt. Resi Langer wird u. a. Gedichte aus „Kritik des Herzens" und die ersten sechs Kapitel aus der „Frommen Helene" zum Vortrag bringen.

Spielplanänderungen: Kammerspiele: Sonntag „Anatol". — Theater i. d. Königgrätzer Straße: „Die wundertätigen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" statt Donnerstag am Sonnabend.

Vorträge. Ernst Friedrich spricht Genua, eine Lebenslinie in 8 Szenen von Berta Last, Donnerstag, 7½ Uhr, in der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Petersburger Str. 30. — Freitag, 8 Uhr, im großen Saal des Clubs der Landwirte, Dessauer Str. 14, Vortragsabend der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Prof. Paul Rohrsbach (Moskau) über Dostojewski und Spengler. — Sonntag, nachm. 5 Uhr, findet in der Friedr.-Werd.-Oberrealschule, Niederwallstr. 12, ein Vortrag von Dr. Rudolf Penzig über das Thema: „Wir und die anderen" statt. Gäste willkommen.

Die Gesellschaft zur Förderung volkstümlicher Kunst veranstaltet Freitag, 8 Uhr, im Festsaal der städt. Augusta-Schule, Pallas-, Ecke Nachbarstraße, einen Vortragsabend, zu dem Lothar Müthel und Martin Wolfgang vom Staatstheater ihre Mitwirkung zugesagt haben. Eintrittskarten 3 M. in der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 8-9, und am Saaleingang. Der Sprechchor ist freundlichst eingeladen.

Das Tolstoi-Museum in Moskau. Die Museumsabteilung des Volkskommissariats für Bildungswesen hat das Haus Leo Tolstois in Moskau der allgemeinen Besichtigung freigegeben. In diesem Hause hat Tolstoi in den Jahren 1882 bis 1901 jeden Winter verbracht und dort eine Reihe seiner bekanntesten Werke, darunter den Roman „Auferstehung", geschrieben.

erhielt drei Monate Gefängnis, doch erklärte das Gericht, daß ihm in diesem Falle, wie auch bei der verurteilten Hauptangeklagten, die gesetzliche Geldstrafe zu niedrig erschien und deshalb auf Gefängnisstrafe erkannt worden sei. Das Gericht hat aus diesem Grunde in beiden Fällen sofort Strafaufschub mit bedingter Begnadigung befürwortet.

Aus den Bezirken

In der letzten Sitzung des 12. Verwaltungsbezirks (Steglitz), die bei fast vollzähliger Anwesenheit der Bezirksverordneten und zugeteilten Stadtverordneten stattfand, wurde die Wahl von sechs unbesoldeten Stadträten vorgenommen. Es wurden drei Demokraten, ein Volksparteiler, ein Rechtssozialist und ein Deutschnationaler gewählt. Zwischen dem Kandidaten unserer Partei und dem Deutschnationalen entschied dann das Los zugunsten unserer Partei, der Genosse Osburg-Lichterfelde ist damit zum Stadtrat gewählt.

•

Der Betrieb der städtischen Seefischhalle in Schöneberg soll nach einem Beschluß des Bezirksamts zum 1. April d. J. eingestellt werden. Der zur Aufrechterhaltung erforderliche Zuschuß beläuft sich bis zum Schluß des Rechnungsjahres auf rund 40 000 Mark gegenüber dem Soll des Haushalts 1921 von 101 810 Mark. Die Mindereinnahmen gegenüber dem veranschlagten Soll werden auf den verringerten Umsatz infolge der gewaltigen Verteuerung der Fische zurückgeführt. So kostet beispielsweise der Schellfisch heute das Pfund 11 bis 14 Mark, während er vor einem Jahre noch mit 1 bis 1,50 Mark gekauft wurde. Hierzu kommt die Steigerung der persönlichen und sächlichen Ausgaben. Trotz aller Erwägungen hat das Bezirksamt angeblich keine Möglichkeit gefunden, den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten, und es ist deshalb zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Rentabilität des Betriebes für die Folge nicht zu erwarten ist. Unsere Fraktion hat Protest gegen die Schließung der Seefischhalle eingelegt und beantragt, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung die zum 31. März beabsichtigte Schließung der städtischen Halle in der Feurigstraße aufzugeben.

•

In der Bezirksversammlung des Bezirks Tiergarten wurde die Ersatzwahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Steuerausschüsse des Finanzamtes III (York) nach den Vorschlägen des Ausschusses für die Wahlen von Ehrenbeamten vorgenommen. Von der U. S. P. D. wurde der Kaufmann Fritz Reschke gewählt. Die Verteilung der Stadt-, bezw. Bezirksverordneten auf die einzelnen Bezirke wurde nach dem Vorschlag des dafür eingesetzten Ausschusses vorgenommen. Bei der Stadtratswahl entfielen auf die Liste der bürgerlichen Parteien 38 Stimmen, auf die verbundene Liste der S. P. D. und der U. S. P. D. 21 Stimmen, U. S. P. und S. P. D. erhielten je einen Stadtrat, die bürgerlichen Parteien 4 Stadträte. Von unserer Fraktion wurde Genosse Zimmermann zum Bezirksstadtrat gewählt. In den Beirat für die Kriegsbeschädigtenfürsorge waren 5 auf sozialem Gebiet erfahrene Personen zu wählen. Die Versammlung beschloß, die Wahl entsprechend der Fraktionsstärke, wie bei den Deputationen vorzunehmen.

Die unbesoldeten Stadträte wurden in der letzten Magistratssitzung durch Oberbürgermeister Boeß eingeführt. Neu eingetreten sind Dr. Treitel (S. P. D.), Letz (K. P. D.), Busch (Wirtschaftspartei), Dr. Richter (Dnatl.). Bei der neuen Dezernatsverteilung erhielt Stadtrat Wege das Dezernat für Güter, Stadtrat Koblenzer das für Forsten. Stadtrat Dr. Richter wird Vorsitzender der Deputation für das Ernährungswesen und Dezernent für die Zentralkartoffelstelle. Stadtrat Busch soll das Dezernat für den Vieh- und Schlachthof und für die Volksspeisung führen. Stadtrat Letz erhält die Vormundschaftssachen. Stadtrat Dr. Treitel wird Verwaltungsdezernent der Gaswerke sowie Dezernent für die Preisprüfungsstelle und für allgemeine Polizeiangelegenheiten.

Erhöhung der Jubiläumsgeschenke. Infolge der allgemeinen Teuerungsverhältnisse hat der Magistrat beschlossen, die Ehrengabe an bedürftige Berliner Bürger zur Feier ihrer goldenen Hochzeit von bisher 50 Mark auf 200 Mark und die Ehrengabe zur diamantenen Hochzeit von bisher 100 auf 300 Mark zu erhöhen. Eine erhebliche finanzielle Belastung bedeutet die Erhöhung nicht. Bei im Höchstfalle zirka 60 goldenen Hochzeiten und 10 diamantenen Hochzeiten sind für ein Jahr 15 000 Mark erforderlich. Für das laufende Etatsjahr kommt eine Erhöhung des Etatsansatzes nicht in Frage, da von den bewilligten 5000 Mark noch 3029,80 Mark verfügbar sind.

Zur Einschulung in Lichtenberg. Jeder Genosse und Genossin meldet bei der bevorstehenden Einschulung die Kinder für die weltlichen Schulen an. Meldungen nehmen entgegen die Genossen: Rakewitz, Gärtnerstr. 6, P. Littmann, Niederbarnimstraße 8, Wottke, Emmanuelstr. 4, Lehmann, Weserstr. 46, Scheinert, Pfarrstr. 30, Kroneberg, Finowstr. 17, Peseler, Stadthausstraße 5, Richter, Friedrichstr. 56, Schalkowski, Frankfurter Allee 181, Dübel, Gudrunstr. 6, Fr. Rother, Motzstr. 1. Für Friedrichsfelde, Karlshorst: R. Müller, Walderseestr. 32, M. Greinert, Prinzen-Allee 33 b. Auch wird dort jede gewünschte Auskunft erteilt.

Ein falscher Bankdirektor ist in Neukölln aufgetreten. In dem Herrenfachgeschäft von Kosminski in der Berliner Straße zu Neukölln erschien ein Mann, der für 3000 Mark Waren aussuchte. Er gab die Weisung, das Geld auf der Tschecho-Slowakischen Bank am Potsdamer Platz, deren Direktor er sei, zu erheben. Den ganzen Einkauf wollte er gleich mitnehmen. Der Geschäftsmann schöpfte jedoch Verdacht und weigerte sich, die Sachen ohne Bezahlung mitzugeben. Da bat der „Bankdirektor" ihm wenigstens einen Hut, den er mitgekauft hatte, auszuhändigen, weil er eilig „einen Besuch beim Botschafter" zu machen habe. Das tat denn Kosminski auch gegen Empfang einer österreichischen Tausendkronennote. Seine Erkundigungen auf der Bank ergaben dann später, daß seine Vorsicht angebracht gewesen war. Der Kunde war ein Schwindler, der seinen Kniff wahrscheinlich auch noch anderswo versuchen wird.

Landpflegestellen für Jugendliche. Das Bezirksjugendamt Wilmersdorf ist in der Lage, den zur Entlassung kommenden, für eine Berufsbildung noch nicht genügend kräftigen Knaben und Mädchen gute Landpflege zu vermitteln. Für gute Unterbringung und Verpflegung haben die Jugendlichen leichte landwirtschaftliche Arbeiten, die Mädchen im besonderen Hausarbeiten zu verrichten. Anmeldungen recht bald im Jugendamt, Badenscheestraße 43-44, Zimmer 85, oder bei den Schulpflegerinnen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Ziemlich trübe und nebelig, mit geringen Niederschlägen und schwachen veränderlichen vorherrschenden südwestlichen Winden. Temperatur nahe bei Null.

Der Dienst bei der Sowjetrepublik

Wir erhalten Kenntnis von Vorgängen innerhalb der Berliner Sowjet-Vertretung, die in ihrer ungeschminkten Darstellung, die wir verkürzt folgen lassen, ihren deprimierenden Eindruck auf den Leser nicht verfehlen wird.

Unter dem jetzigen Leiter der Handelsvertretung der Sowjetregierung Stomanjakow ist das frühere kollegiale Verhältnis zu den Angestellten einem anderen gewichen, das sich durch bureaukratische Selbstherrlichkeit und völligen Mangel proletarischen Empfindens auszeichnet. Unter faulen Vorwänden wurden Entlassungen vorgenommen und ein besonders krasser Fall ist der folgende: Einer Stenotypistin kam eine belanglose Abschrift abhanden, die leicht wieder zu bekommen gewesen wäre. Hier aber wurde der Angestellten aufgegeben, die Spezifikation binnen zwei Stunden zu beschaffen, anderenfalls sie sich als entlassen betrachten könnte. Die Spezifikation konnte nicht beigebracht werden und die Angestellte wurde tatsächlich entlassen.

Der Betriebsrat, der auf Grund des deutschen Betriebsrätegesetzes gewählt worden war, sah hier einen Fall, bei dem er die Rechte der Kollegen auf das energischste wahrzunehmen hatte, und er unterbreitete in einer Betriebsversammlung den Angestellten seine Meinung. Dabei kam es zu harten Zusammenstößen zwischen dem Vertreter der Geschäftsleitung und den Betriebsratsmitgliedern. Der Vertreter der Geschäftsleitung stellte sich auf den Standpunkt, daß ihr Wille maßgebend sei und kein anderer. Die Angestellte, wurde erklärt, könne froh sein, daß ein solches Vorgehen in Deutschland passiert sei. **In Rußland wäre sie deswegen sicher zum Tode verurteilt worden.** Diese Aeußerung brachte die Betriebsratsmitglieder in die größte Erregung, sie traten nochmals energisch für die Rechte der Kollegin ein, erreichten aber nicht, daß das schon inzwischen stark kommunistisch durchseuchte Personal, sich mit der Kollegin solidarisch erklärte und die sofortige Zurücknahme der Kündigung verlangte. Eine verwaschene Resolution bat die Geschäftsleitung, die Angelegenheit nochmals wohlwollend zu prüfen! Die Betriebsratsmitglieder lehnten hierauf die Verhandlung auf Grund dieser Resolution ab, weil sie genau wußten, daß man nur etwas erreichen könnte, wenn die Kollegen ausgesprochene Solidarität üben.

Im übrigen erklärte die Geschäftsleitung, daß für sie der gewählte Betriebsrat gar nicht in Frage komme. Ein Betriebsrat müsse nach russischem Gesetz gewählt werden, da die russische Handelsvertretung außerhalb der deutschen Gesetze stehe. Die Mehrzahl der Kollegenschaft erkannte bedauerlicherweise als gute Kommunisten diesen Standpunkt an und wählte einen neuen Betriebsrat **nach russischem Muster.**

Die Sowjetbureaukraten aber hatten den Rednern in der Betriebsversammlung ihr mutiges Auftreten nicht vergessen. Als am 15. August v. J., dem nächsten Kündigungstermin, wieder einem Schub Mißliebiger gekündigt wurde, waren auch die drei Redner darunter. Eine von ihnen, eine deutsche Parteigenossin, welche als Stenotypistin auf der Handelsvertretung tätig war, wurde sofort zur Disposition gestellt. Auf die Frage, warum die Kündigung geschehe, entschuldigte man sich mit Raummangel. Unsere Genossin kannte nur zu gut die wahren Gründe der Entlassung, und sie scheute sich nicht, den ehemaligen Sozialisten der Handelsvertretung die Wahrheit über ihre Entlassung zu sagen. Sie wurde aber in schnoddrigem und überheblichem Ton abgefertigt. Als später die Berufsorganisation der Genossin eine Verhandlung mit dem hiesigen russischen Handelsvertreter herbeiführen wollte, ließ sich der Leiter ständig verleugnen. Man sandte der Genossin noch einen Brief, in dem ausgeführt wurde, daß man das Versprechen, das der Kollegin in der ersten Hitze der Entlassung gegeben hatte, ihr Gehalt auch über den Kündigungstermin für den Fall der Arbeitslosigkeit zu bewilligen, zurückziehe, weil sie ein unangemessenes Betragen der Handelsvertretung gegenüber zur Schau getragen hätte. Als endlich diese Verhandlung mit dem Rechtsvertreter der Handelsvertretung zustande kam, verlangte man von der Genossin, daß sie eine de- und wehmütige Entschuldigungserklärung über ihr Betragen unterschreiben solle, und es fiel das bezeichnende Wort, **daß die Sowjetrepublik deutsche Gewerkschaftsmethoden nicht anerkennen könne!**

Eine ganze Reihe Körperschaften haben sich für die Interessen der Genossin eingesetzt, denen gegenüber die Handelsvertretung erklärte, die strittige Angelegenheit friedlich beilegen zu wollen. Aber unter den fadenscheinigsten Ausflüchten wurde diese Sache endlos verschleppt.

In ihrer Rücksichtslosigkeit haben die Sowjetbureaukraten nicht einmal die menschliche Pflicht erfüllt, der Kollegin ein Zeugnis und die vollständigen Abgangspapiere zu übergeben, so daß sie tatsächlich noch heute ohne Beschäftigung dasteht. Vor dem Schlichtungsausschuß und dem Kaufmannsgericht verstecken sich nun die mutigen Sowjetvertreter hinter die sogenannte Exterritorialität, d. h. die Handelsvertretung untersteht nicht den deutschen Gesetzen. Berge von Akten sind bereits verschrieben worden, das Auswärtige Amt, das Reichsjustiz- und Reichsarbeitsministerium haben Gutachten abgeben müssen, aber bis heute ist aus dem Wust der Verhandlungen auch nicht ein Funken Positives für die betreffende Genossin herausgekommen.

Warum wir der Oeffentlichkeit dieses mitteilen?

Damit die deutsche Arbeiterschaft sieht, daß **schlimmer wie die Sowjetbureaukraten in der Lützow Straße kein waschechter Deutschnationaler handeln kann.** Es ist dringend notwendig, daß die russischen Beauftragten angehalten werden, die deutschen Arbeiterinteressen nicht mit Füßen zu treten.

Die Schützlinge des Demobilmachungs-Kommissars

Während des Streiks der gastwirtschaftlichen Angestellten im Oktober v. J. haben die Arbeitgeber versucht, mit Hilfe einiger auswärtiger Streikbrecher ihre Betriebe kümmerlich aufrecht zu erhalten. Im Hotel Bristol hat sich als solcher Streikbrecher auch ein Beamter der Schupo gefunden, der die Uniform auszog und dort als Wagenmeister eintrat. Der an seiner Stelle ausgesperrte, bisherige Wagenmeister verlangte vor dem Schiedsgericht einen Schiedsspruch, der seine Wiedereinstellung aussprach, wenn nicht für den Schupobeamten innerhalb dreier Wochen die Berechtigung, in Berlin zu arbeiten, durch die Demobilmachungsbehörden erteilt sei. Der Demobilmachungs-Ausschuß, Unterabteilung für Arbeitsvermittlung, hat die Genehmigung zur Arbeit in diesem Betriebe auf Grund der Demobilmachungsbestimmungen verweigert. Dagegen hat der Demobilmachungskommissar beim Oberpräsidenten, Oberregierungsrat v. Hoffmann, ein größeres Herz für diesen Liebling des Unternehmertums und erteilte für den Schupobeamten, der in Berlin nicht zuständig ist, die Genehmigung zur Arbeit. Dadurch ist nunmehr der seit 10½ Jahren in diesem Betrieb beschäftigt gewesene Wagenmeister brotlos geworden, fällt der Stadt Berlin zur Last und leidet mit seiner großen Familie Not.

Jedenfalls wirft das Verhalten des Herrn Oberregierungsrats v. Hoffmann ein eigentümliches Licht auf dessen Tätigkeit als Demobilmachungskommissar. Seit wann ist es Aufgabe des Demobilmachungskommissars zugunsten eines Streikbrechers, noch dazu eines Schupobeamten, der gar keine Ursache hatte, seine Stellung aufzugeben, einen Berliner Bürger und Familienvater auf die Straße zu setzen? Jeder Unparteiische muß hier den Eindruck gewinnen, daß es in diesem Falle nur darauf ankam, den Streikbrecher zu schützen trotzdem die tatsächlichen Verhältnisse dem Demobilmachungskommissar bekannt waren.

Sipo als Streikbrechergarde!

Die Casino-Lichtspiele, Porstraße 5, wurden in der letzten Woche wegen Lohndifferenzen des Vorführers von der „Deutschen Filmgewerkschaft" gesperrt. — Jetzt beschützt die Sipo dieses Theater. — Im Kino arbeiten 2 Platzanweiser als Streikbrecher, welche auf irgendeine Art zu einem Prüfungszeugnis gekommen sind. — Die brutale Art des Vorgehens des Kinobesitzers, der die Sipo gegen die Streikposten aufhetzt und mit Verhaftung droht, verdient nicht die Unterstützung der Arbeiterschaft. — Proletarier, Klassengenossen, meidet deshalb dieses Theater! Da die Südwestlichtspiele, Blücherstraße 12, gleichfalls diesem Unternehmer gehören, hat die Arbeiterschaft die Pflicht, auch dieses Theater zu meiden.

Angestellte des Lebensmittel-Kleinhandels. In Nr. 5 „Die deutsche Feinkost" wird laut Bericht von Herrn Siegert an den Reichsverband der deutschen Feinkostkaufleute der Antrag gestellt, bei der Regierung die Aufhebung des § 63 H. G. B. (Zahlung des Gehalts bei Erwerbsunfähigkeit) zu verlangen. Angestellte! Wehrt Euch gegen das reaktionäre Treiben dieser Krämerseelen. Lehnt die Nachuntersuchung durch einen Vertrauensarzt der Firma ab, denn nur ein Kreisarzt ist berechtigt, eine Nachuntersuchung vorzunehmen. Lehnt ebenfalls eine Unterzeichnung von Engagementsabschlüssen ohne Zustimmung Euer Organisation ab. Wehrt Euch gegen jede Verschlechterung der gesetzlichen Bestimmungen. Besucht die öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstraße 17-18.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Gemäß Verfügung des Reichsarbeitsministeriums (Aktenzeichen IV D. 2887/11) ist der am 19. 11. 1921 abgeschlossene Nachtrag zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 25. 7. 1921 für die Angestellten des Möbelhandels mit Wirkung vom 1. November 1921 für die Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Dasselbe erfuhr der am 10. Oktober 1921 abgeschlossene Tarifvertrag für die Angestellten in der Lederwirtschaft mit Wirkung vom 1. Oktober 1921. Tarifverträge sind im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7-10, erhältlich.

Betriebsrätekurse. Die Versammlung der Gruppen 4 und 6, Chemische Industrie und Graphisches Gewerbe, am Donnerstag, den 2. d. Mts., in den Arminhallen findet nicht um 7, sondern um **5½ Uhr statt.**

Gewerkschafts-Bibliothekare! Nächste Vollversammlung Sonnabend, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal III. Auch die Mitglieder der Bibliothekskommission sind eingeladen. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Gewerkschaftskommission.

Verlust. Ein Hilfskassierer des Zentral-Verbandes der Steinarbeiter hat ein Buch mit Verbandsmarken verloren und bittet den ehrlichen Finder, dasselbe gegen Vergütung auf dem Bureau, Engelufer 15, I, abzugeben.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund, Ortsgruppe Berlin. Freitag, den 3. Februar, abends 7 Uhr, Vortrag des Gen. Rathmann: „Meine Erlebnisse als Rotgardist in Sowjetrußland", Oberrealschule, Niederwallstraße 12.

Parteiveranstaltungen

Gruppe Südosten. Der Unterricht für religionslose Kinder findet für die Kinder bis zu 11 Jahren Freitag, nachmittags von ½4—5 Uhr, und für die Kinder über 11 Jahre Donnerstags, nachmittags von ½4—5 Uhr, in der Schule Wrangelstraße 126 statt.

Donnerstag, 2. Februar

18. Distrikt (Gesundbrunnen). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Schurzmann, Stettiner Str. 11.

19. Verwaltungsbezirk. Die Parteigenossen werden auf den heute stattfindenden Kommersmusikabend vom Volksbildungsamt aufmerksam gemacht und um rege Beteiligung gebeten.

19. Distrikt. Abends 8 Uhr Vorstandssitzung bei Bichler, Diessenhofstraße.

Freitag, 3. Februar

5. und 6. Distrikt. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula Bachmann Str. 8b. Bezirksführer einladen und Material abholen von Krüger, Pulitzerstr. 10.

18. Distrikt (Gesundbrunnen). Abends 7 Uhr Abteilungssitzungen. 1. Abteilung bei Grunert, Pankstr. 59. 2. Abteilung bei Fritsch, Drontheimer Str. 4. 3. Abteilung bei Ernst, Bellermannstr. 2.

Charlottenburg, 7. und 8. Abteilung. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung sämtlicher Funktionäre, Obleute der Kommissionen, Stadt- und Bezirksverordneten, Reichs- und Landtagsabgeordneten und der Geschäftsleitung bei Thunack, Wielandstraße 4. Funktionärausweis von Groß-Berlin unbedingt mitbringen.

Nankow. Abends 7 Uhr Bezirksvorstandssitzung bei Weber, Mühlenstr. 12.

Steglitz. Abends ½8 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Rank, Fichtestraße 4. Es ist Pflicht aller Genossen, die an der Landagitation teilnehmen, zu erscheinen.

Sonnabend, 4. Februar

18. Distrikt (Gesundbrunnen). Abends 7 Uhr sämtliche Ordner (jede Gruppe stellt einen Genossen) bei Schurzmann, Stettiner Str. 11.

Vereinskalender

Mittwoch, 1. Februar

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung. Rechts: Zum Königstor, Neue Königstr. 1, 7½ Uhr. — Oranienburg: Reichshof, Berliner Str. 38, 7½ Uhr. — Westen: Nationalhof, Bülowstr. 37, 7½ Uhr.

Donnerstag, 2. Februar

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung. Charlottenburg I: Aug.-Kaiser, Kais.-Aug.-Allee 36, 7½ Uhr. — Charlottenburg III: Deutsches Haus, Windscheidstr. 29, 7½ Uhr. — Norden IV: Restaurant Huberius, Bernhalmer Str. 69, 7½ Uhr. — Nordwest I: Rest. Mattke, Thurmstraße 78, 7½ Uhr. — Steglitz: Althoff, Althoff-, Ecke Körnerstraße, 7½ Uhr. — Spandau: Neuer Ratskeller, Rathaus, 7½ Uhr. — Friedenau: Hohenzollern, Handjerystraße, 7½ Uhr.

Freitag, 3. Februar

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung. Osten II: Logenkasino, Knorrpromenade 2, 7½ Uhr.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Geschlechtskranke
Sperialarzt Dr. Dammanns Heilanstalten
BERLIN C.W. 21, Potsdamer Str. 123 b.
Sprechstunden 9-1u, 4-7, Sonntags 10-12.

Möbel
kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Kapitän Kautabak
Mk. 4.— das Stück im Einzelverkauf. Feinst. Geschmack, frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw.
Generalvertrieb C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Tel.: Kgst. 3861)

Trünouga
Konfitüren
Eckardt & Neuschaefer
Fabrik und Kontor: Berlin O 27
Krautstr. 4-6 Tel. Alex. 5287

Anzüge, Schlüpfer
in feinster Verarbeit, aus prima Stoffen
in reichhaltiger Auswahl
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigenes Atelier Solideste Preise
imex G. m. b. H. Schloßplatz 1 a

Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider
— Preis 3.— M. —
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9.

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe
362 Seiten stark und gut gebunden für 6.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht
Austragelohn pro Monat u. Abonnement M. 4.20
Spedition Wuzky
Choriner Straße 68
„Freiheit"-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4.
Spedition E. Belz
Rosenthal, Niederstr. 3